

# Der Gillette-Klingenspender



BG 7/60

## ist handlich

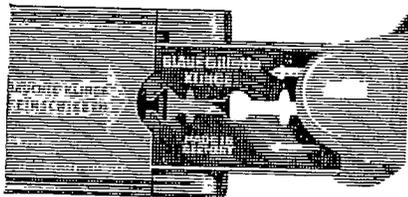
Sie brauchen die BLAUE GILLETTE nicht mehr auszuwickeln. Die Klinge ist gebrauchsfertig und gleitet durch einen Daumendruck in den Apparat.

## schützt die Klinge

Eine hauchdünne Öltschicht umhüllt jede Klinge. Dank einer exakten Gleitführung im Spender kommen die unvorstellbar feinen Schneiden mit dem Gehäuse nie in Berührung.

## ist praktisch

Auf der Rückseite gibt es ein Fach für verbrauchte Klingen. Das alte Problem „wohin damit?“ ist endlich gelöst.



Das sind wirkliche Vorteile, weil sie die glatte, erfrischende NaBrasur mit der BLAUEN GILLETTE noch bequemer machen. Dabei kosten 10 BLAUE GILLETTE im Klingenspender nicht mehr als im Päckchen: DM 2,-

# Blaue Gillette

den Bonner Ausschüssen zgedacht hatten, stark an Dringlichkeit gewonnen. In der morgendlichen Lagebesprechung am vergangenen Mittwoch konnte Katzer befriedigt konstatieren, daß der CDU-Fraktionspapa Heinrich Krone seinen ursprünglichen Gesetzentwurf über die „vermögenswirksame Beteiligung der Arbeitnehmer am Ertrag des Unternehmens“ auf die Liste der noch in dieser Legislaturperiode zu verabschiedenden Entwürfe setzte.

## FERNSPRECHGEBÜHREN

### Der Fünfminuten-Takt

Bundespostminister Richard Stücklen unterzog sich in der vergangenen Woche der Kundendienst-Pflicht, einer kränkelnden, aber recht gesprächigen alten Dame ausführlich zu antworten, die in einer Eingabe nach Bonn klageführend betont hatte: „Das unbeschränkte Ortsgespräch im Telefonverkehr ist für mich ein Lebenselixier.“ Ähnliche Proteste gegen Stücklens Angriff auf ein altes Privileg der Fernsprechteilnehmer — für 16 Pfennig beliebig lange am Ort zu telefonieren — gingen zu Tausenden bei den westdeutschen Postämtern ein.

Die Idee, örtliche Dauersprecher mit höheren Gebühren zu belasten, hatte Stücklen schon 1958 bei einem Informationsbesuch in England aufgeschnappt, aber erst vor kurzem in Bonn zur Sprache gebracht. Von den Fernsprechtechnikern des britischen Postministers Marples nämlich war entdeckt worden, daß ihr — zumeist noch von Hand betriebener — Telephondienst durch Zusammenlegung von Sprechzonen auch mit weniger Personal bewerkstelligt werden könnte, wenn Gespräche im Verkehr mit anliegenden Nachbarortsbereichen denen am Ort gleichgestellt und für alle drei Pence pro Gespräch verlangt würden.

An dieser versuchsweise eingeführten Einheitsgebühr für Gespräche im Orts- und Nachbarortsverkehr hielten die Briten auch fest, als sie im vergangenen Jahr im Bereich der Postverwaltung Bristol zum Selbstwählverkehr übergingen. Die Post setzte die Gebühr auf zwei Pence fest, beschränkte aber die mit einem Gebühren-Takt bezahlte Gesprächsdauer — wie im Selbstwählferndienst üblich — auf drei Minuten.

Postminister Stücklen glaubte diese Methode auch für den deutschen Telefonverkehr nutzbar machen zu können. Im Gegensatz zu seinem englischen Kollegen, so gab der Bundespostminister vor, gehe es ihm weniger darum, Personal einzusparen, da in der Bundesrepublik bereits 77,5 Prozent der Ferngespräche im Selbstwähldienst abgewickelt würden. Vielmehr schwebte ihm eine Geste gegenüber allen Telephonkunden vor, die in den Randgemeinden der Großstädte, in kleineren Gemeinden oder auf dem flachen Lande wohnen.

Ein großer Teil dieses Telefonverkehrs fällt, da er über den eigenen Ortsbereich hinausreicht, in die sogenannte Zone K der Ferngespräche, wo statt der wohlfeilen Ortsgebühr von 16 Pfennig für unbegrenzte Sprechzeit schon die niedrigste Ferngebühr bezahlt werden muß. Sie beträgt noch bis zu 90 Gesprächssekunden 16 Pfennig, steigt dann aber je nach Gesprächsdauer

an. Ein Viertelstunden-Gespräch zwischen zwei Teilnehmern, die ungünstigenfalls nicht einmal einen Kilometer voneinander entfernt wohnen, ergibt schon eine Gebühr von 1,60 DM.

Stücklen gab Anweisung, die Voraussetzungen für ein Zusammenlegen aller Ortsbereiche innerhalb der ersten Fernzone (K) zu einem einheitlichen Nahbereich zu überprüfen. Dabei stellte sich heraus, daß die Post auf nennenswerte Gebührenbeträge hätte verzichten müssen, wenn nun alle solchermaßen geographisch vereinigten Fernsprechteilnehmer zum Preis der Ortsgebühr zeitlich unbeschränkt telephonieren dürften.

Die Zusammenlegung zu einer 16-Pfennig-Nahzone nämlich dehnt den Ortsbereich erheblich aus. Telephon-



Bundespostminister Stücklen  
Veröffentlichter Plan fallengelassen

kunden im Ortsbereich Bonn zum Beispiel könnten nach einer solchen Vereinigung aller Sprecher innerhalb der Zone K zur Ortsgebühr mit ihren weiteren Telephon-Nachbarn in Godesberg, Königswinter, Bad Honnef, Mekenheim, Bornheim, Merten und Rheinbach für 16 Pfennig telephonieren. Stücklens Postrechner ermittelten, daß solcher Großmut die Überschüsse von jährlich 211 Millionen Mark im Fernsprecbudget fast aufzehren würde.

Dem britischen Beispiel gemäß sollte deshalb eine Beschränkung der Sprechzeit beziehungsweise ein Zuschlag für Längersprecher sicherstellen, daß Stücklens Fernmeldeverkehr zumindest kein laufendes Defizit erleidet. Die Gespräche innerhalb der künftig niedrigsten Gebührenzone — mithin auch die bisherigen Ortsgespräche — sollen darum teurer als 16 Pfennig sein, wenn das Telephonat länger als fünf Minuten dauert.

Stücklens Referenten fanden heraus, daß alle Ortsgespräche durchschnittlich nur 2,3 Minuten dauern. In der hinzukommenden Zone K ergab sich im Selbstwählerferndienst ein Durchschnitt von 2,7 Minuten. Großzügig wählte Stücklens deshalb einen Zeittakt von fast doppelter Höhe, also fünf Minuten, bis zu denen auch nach Zusammenlegung der Ortsbereiche mit Zone K 16 Pfennig Gebühr ausreichen würden.

Nach Bonner Schätzung liegen mindestens 80 Prozent aller Gespräche innerhalb dieser Zeitgrenzen. Erst längere Gespräche — allerdings auch die bisher pauschal mit 16 Pfennig abgegoltene Ortstelephonate — würden dann bis zu zehn Minuten 32 Pfennig, bis zu 15 Minuten 48 Pfennig kosten und so fort. Jener Viertelstunden-Sprecher, der bisher für sein Gespräch mit dem Nachbarort 1,60 DM bezahlen muß, käme künftig mit 48 Pfennig davon.

Die Proteste seiner Fernsprechkunden und die Zeitungsüberschriften („Die Welt“: „Post will Ortsgespräche auf fünf Minuten beschränken“) machten indes Stücklens schnell klar, daß sein Vorschlag mehr als Zumutung denn als Gefälligkeit aufgefaßt werde. Eilends ließ er verkünden, konkrete Einzelpläne für die zeitliche Beschränkung der Ortsgespräche lägen noch nicht vor. Das Ganze bedürfe zudem noch kostspieliger technischer Umstellungen, deren Kostenaufwand erst geprüft werde.

Um der Fernsprechkundschaft bis zum Ergebnis dieser Prüfung seine guten Absichten zu demonstrieren, erwägt Richard Stücklens jetzt, die verbilligten Ferngesprächszeiten (19 bis 7 Uhr) in den Tag hinein auszuweiten. Die Postverwaltung prüft zur Zeit, ob die billige Nachtgebühr schon von 18 Uhr an eingeführt und bis 8.30 Uhr morgens verlängert werden kann. Stücklens ungebrochen: „Man muß doch noch ein paar Ideen haben können.“

## INDUSTRIE

### ARBEITSZEIT

Außer Lohnerhöhungen, um 8,5 Prozent handelte Otto Brenners Industriegewerkschaft Metall von den Arbeitgebern eine allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit von bisher 44 auf 42½ Stunden Anfang 1962, 41¼ Anfang 1964 und 40 Stunden ab 1. Juli 1965 ein. Die gewinnbringende Höchstbeschäftigung und Angst vor Abwerbungen machten einen Appell des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Constantin Paulssen zunichte, der noch auf einer Verbandstagung in Coburg erklärt hatte: „Unsere Kassen sind für Streikfälle mehr als gefüllt. Wir müssen den Mut aufbringen, der sich auch nicht vor unvermeidbaren Arbeitskämpfen scheut.“

### STAHLPROJEKTE

#### Sohls Blasebalg

Dem derzeitigen Generaldirektor des Duisburger Stahlkonzerns August Thyssen-Hütte AG (ATH) und Vorsitz der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, Dr.-Ing. E. h. Hans Günther Sohl, gelang dieser Tage der Nachweis, daß es nicht die schlechteste Interessenpolitik ist, sich in das unverdächtige Gewand

des Ratgebers zu kleiden und das Wohl der Allgemeinheit herauszukehren. Monatlang hatte Hans-Günther Sohl dringend vor einer konjunkturpolitisch schädlichen Erweiterung der westdeutschen Walzwerk-Kapazität gewarnt. — um nunmehr selbst ein neues Walzwerk zu bauen.

Das bundeseigene Hüttenwerk Salzgitter, im Rahmen Göringscher Vierjahrespläne entstanden, hatte im Frühjahr dieses Jahres seine Absicht kundgetan, zur Abrundung seines Produktionsprogramms zwei neue Walzwerke zu bauen, deren Erzeugnisse vor allem den steigenden Bedarf der Automobilindustrie an Feiblechen befriedigen sollten. Der Konzern plante ein Breitbandwalzwerk mit einer Jahresleistung von 1,4 Millionen Tonnen und ein Kalt-



Thyssen-Chef Sohl  
Verheimlichter Plan ausgeführt

bandwalzwerk mit einer Kapazität von 720 000 Tonnen.

Unverzüglich trat der von ATH-Generaldirektor Sohl geleitete Investitionsausschuß\* der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl zusammen, in dem die westdeutschen Breitband-Hersteller Sitz und Stimme haben.

Der Breitband-Klub verwarf die Salzgitterpläne und empfahl dem Konzern, die Projekte zurückzustellen. Da die vorhandenen Walzwerkkapazitäten derzeit schon nicht annähernd ausgelastet seien, so hieß es, würden die neuen Salzgitter-Walzenstraßen Westdeutschlands Stahlmarkt vollends durcheinanderbringen. Es sei damit zu rechnen, daß im Jahre

\* Dem Ausschuß gehören die August Thyssen-Hütte AG, die Hoersch AG, die Klöckner-Werke AG und die Capito & Klein AG an.

1962, nach Fertigstellung der Salzgitter-Straßen die westdeutsche Breit- und Kaltband-Kapazität nur zu etwa 60 Prozent ausgenutzt werden könne.

Salzgitter-Generaldirektor Dr. Konrad Ende ließ sich von der Schwarzmalerei nicht beeindrucken. Sein Konzern — so erklärte er — sei nicht mehr „das Aschenbrödel der eisenschaffenden Industrie“. Sein Cheftechniker, Direktor Dr. Rheinländer, bedeutete dem Generaldirektor Sohl kühl: „Ihr Investitionsausschuß ist wie ein Blasebalg. Jedesmal, wenn Salzgitter etwas plant, pusten Sie.“ Blasebalg Sohl erteilte den verstockten Salzgitter-Direktoren daraufhin eine deutliche Lektion: Demonstrativ legte er den Vorsitz im Investitionsausschuß nieder.

Ihre firmeneigentliche Beharrlichkeit trug den Direktoren des Hüttenwerks Salzgitter schwere Vorwürfe der Fachwelt und der Öffentlichkeit ein. Sie mußten sich sagen lassen, es sei unverantwortlich, daß ausgerechnet ein Bundesunternehmen markt- und volkswirtschaftliche Experimente durchführen wolle, nachdem ein so unverdächtiges Expertenteam wie Hans-Günther Sohls Investitionsausschuß seine warnende Stimme erhoben habe.

Dem ATH-Chef kam es gelegen, daß ihm just bei diesem Stand der Dinge Bundeskanzler Dr. Adenauer einen Brief sandte, in dem die Stahlindustrie vor zu starken Investitionen gewarnt wurde. Sohl benutzte seine Replik dazu, den Kanzler auf die vom Investitionsausschuß verurteilten Salzgitter-Investitionen hinzuweisen und zu bitten, die Projekte so lange zu bremsen, bis sie mit der übrigen Stahlindustrie abgestimmt seien. Einen Durchschlag schickte Sohl an Salzgitter-Generaldirektor Endes höchstes Aufsichtsorgan, an das Bonner Bundesschatzministerium.

Sohls Demarchen war ein ansehnlicher Teilerfolg beschieden. Salzgitter mußte die geplanten Kapazitäten auf die Hälfte reduzieren. So erhielt das neue Breitbandwalzwerk eine Jahreskapazität von nur 720 000 Tonnen und das Kaltbandwalzwerk eine Leistung von nur 400 000 Tonnen.

Salzgitter kam der Ruhr, die sich einmütig hinter Sohl gestellt hatte, noch weiter entgegen: Direktor Ende versprach, vorerst nur die erste Ausbaustufe mit einer jährlichen Breitbandleistung von 600 000 Tonnen und einer Kaltbandkapazität von 150 000 Tonnen zu vollenden, obwohl nach Meinung der internationalen Experten derart gedrosselte Anlagen schwerlich rentabel arbeiten können.

Ungeachtet dieser Zugeständnisse agierte ATH-Chef Sohl im Verein mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie weiter gegen die Salzgitterpläne. Mitte Juni wiesen Sohl und BDI-Präsident Fritz Berg den Bundeswirtschaftsminister Erhard auf die „Bedenken des Mittelstandes“ gegen die Salzgitterpläne hin.

Schon damals argwöhnten einige Ruhr-Manager, daß Markthüter Sohl hinter seinen warnenden Ratschlägen eigene Ziele verberge und daß er in Wirklichkeit die Salzgitter-Projekte nur blockiere, um selbst in seinem Ham-